



öffentlich

Betreff:

Prüfung einer Umgehungsstraße für Potsdam

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bürgerbündnis/FDP, CDU/ANW, Stadtverordneter Wartenberg	Erstellungsdatum	16.10.2018
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.11.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich und noch vor Fortschreibung des STEK Verkehr eine Untersuchung über Chancen, Möglichkeiten und Auswirkungen einer Umgehungsstraße mit einer dritten Havelbrücke am Templiner See in Auftrag zu geben.

Ziel der Untersuchung ist, die Lebensqualität in der Innenstadt und verschiedener nördlicher und westlicher Ortsteile auch bei weiterem Wachstum der Stadt abzusichern und Verkehre, die nicht das Zentrum der Stadt zum Ziel haben, staufrei und umweltfreundlich um den Stadtkern herumführen zu können.

Es sind die Möglichkeiten und zu erwartenden Auswirkungen auch getrennt für mögliche Realisierungsabschnitte zu ermitteln.

Ein Zwischenbericht ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr bis März 2019 vorzustellen.

gez. Dr. H.-J. Scharfenberg
Fraktionsvorsitzende

gez. W. Kirsch

gez. M. Finken

gez. Claus Wartenberg
Stadtverordneter

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bereits im gültigen Verkehrsentwicklungsplan finden sich Erkenntnisse, dass mit einer Umgehungsstraße mit zusätzlicher Havelbrücke anteilige Mengen des Straßenverkehrs aus dem Stadtzentrum und den westlichen und nördlichen Ortsteilen verlagert und abgeleitet werden können. Dies ist mit den erfolgten Verkehrseinschränkungen in der Zeppelinstraße (Bundesstraße 1) noch bedeutsamer geworden als zum damaligen Zeitpunkt der Konzepterarbeitung betrachtet. Auch bei bestmöglicher Entwicklung des ÖPNV wird bei anhaltendem Wachstum der Stadt der KFZ-Verkehr weiter zunehmen. Darum ist es für eine flüssige Verkehrsabwicklung und für die Sicherung der Lebensbedingungen in der Innenstadt und verschiedener Orts- und Stadtteile unverzichtbar, nunmehr zügig die Voraussetzungen für eine dritte Straßenbrücke über die Havel zu erarbeiten. Im letzten Bürgerhaushalt erreichte die Forderung nach einer Umgehungsstraße den ersten Platz. Die jüngste Forsa-Umfrage der MAZ belegt mit 77 Prozent Zustimmung gegen 16 Prozent Ablehnung auch ganz überwältigend das Meinungsbild der Potsdamer*innen für eine solche Havelbrücke und für die Beseitigung der teils stark belastenden Verkehrsprobleme der Stadt Potsdam.

Zu prüfende Teilabschnitte sind insbesondere:

1. die Havelquerung über den Templiner See von der B1, Zeppelinstraße bis zur B 2,
2. die Verlängerung der Strecke über Wetzlarer Straße bis zur Nuthestraße,
3. die Verlängerung der Strecke durch den Wildpark bis Werderschen Damm.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
18/SVV/0748

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE ANDERE

Betreff: Informationsbereitstellung Havelspange

Erstellungsdatum 16.10.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
Gremium		
07.11.2018		x
Stadtverordnetenversammlung		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Ds 18/SVV/0748 in der folgenden Fassung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Fraktionen CDU, Die Linke, BürgerBündnis und dem Stadtverordneten Wartenberg noch einmal verständlich und ausführlich darzulegen, welche Gründe verkehrspolitisch, finanziell und technisch gegen den Bau der Havelspange über den Templiner See sprechen.

Die längst vorhandenen Informationen und Materialien (z.B. aus früheren Voruntersuchungen, die dazu führten, die Pläne zum Bau der Havelspange aufzugeben) sollen noch einmal so zusammengefasst und aufbereitet werden, dass die Argumente gegen den Bau dieser Straße niedrigschwellig vermittelt werden.

Dabei sollen zum wiederholten Male erklärt werden

- dass die Stadtverordnetenversammlung am 29.01.2014 das Stadtentwicklungskonzept Verkehr beschlossen und sich dabei für die Variante „Nachhaltige Mobilität“ als Orientierung für die grundsätzliche und umfassende Ausrichtung der Stadtentwicklung entschieden hat,
- dass der überwiegende Teil des Pendlerverkehrs Zielverkehr in das Stadtgebiet ist, der nicht durch eine Straßen-Tangente abgefangen werden kann,
- dass der Bau der Havelspange über das Gebiet der Gemeinde Schwielowsee führen würde und dass deren Einverständnis nicht vorliegt,
- dass mit der Finanzierung durch den Bundesverkehrswegeplan frühestens ab 2030 zu rechnen wäre,
- dass eine Fertigstellung der Havelspange erst zwischen 2040 und 2050 realistisch wäre und damit die Gefahr besteht, dass vor der Fertigstellung der Straße die Erdölvorräte der Welt erschöpft sind und

- dass auch schon für überflüssige Untersuchungen und Planungen dieser Straße städtische Haushaltsmittel erforderlich wären, die durch den Verkauf von Garagengrundstücken oder Erhöhung der Parkgebühren kompensiert werden müssten.

Begründung:

Alle für eine Ablehnung der Havelspange erforderlichen Informationen liegen bereits vor. Die Argumente gegen den Bau dieser Straße sind umfassend und überzeugend.

Eine erneute Untersuchung stellt sich als unnötige Verschwendung städtischer Haushaltsmittel dar. Sie ist weniger mit dem tatsächlichen Bedarf an zusätzlichen entscheidungserheblichen Informationen zu begründen, als mit dem Versuch zu erklären, im Vorfeld der Kommunalwahlen 2019 zu suggerieren, dass die Verkehrsprobleme der Stadt ohne Einschränkungen des Autoverkehrs lösbar sind.

gez. Katharina Tietz und André Tomczak
Fraktionsvorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
18/SVV/0748

öffentlich

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bürgerbündnis/FDP, CDU/ANW,
Stadtverordneter Wartenberg

Betreff: Prüfung einer Umgehungsstraße für Potsdam

Erstellungsdatum 29.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.01.2019	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Vorbereitung der anstehenden Fortschreibung des STEK Verkehr wird der Oberbürgermeister beauftragt, für die Beurteilung der Auswirkungen einer Umgehungsstraße mit einer weiteren Havelquerung eine aktualisierte Erfassung der Verkehrsdaten bis spätestens 2020 zu veranlassen.

Ziel der Erfassung ist eine sachgerechte Einschätzung der Auswirkungen einer Umgehungsstraße und einer weiteren Havelquerung auf das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt und verschiedener nördlicher und westlicher Ortsteile auch bei weiterem Wachstum der Stadt, damit die Diskussion zu diesem Thema auf einer sachlichen und fundierten Basis geführt werden kann. Diese Untersuchungen sind ergänzend zur optimalen Weiterentwicklung des ÖPNV durchzuführen. Auswirkungen sind auch getrennt für mögliche Realisierungsabschnitte zu ermitteln. Im Bereich Golm sind auch alternative Streckenführungen zu berücksichtigen. Ein Zwischenbericht ist dem SBV-Ausschuss bis Herbst 2019 vorzulegen.

gez. Dr. H.-J. Scharfenberg
Fraktionsvorsitzende

gez. W. Kirsch

gez. M. Finken

gez. Claus Wartenberg
Stadtverordneter

Unterschrift